

Rot-grüne Regierungskoalition bessert Arbeitslosengeld auf

Die Regierungskoalition wird dieses Jahr voraussichtlich die Berechnungsgrundlage für das Arbeitslosengeld korrigieren. Nach Angabe des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Adolf Ostertag, sollen von nächstem Jahr an auch Einmalzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld in die Berechnung des Lohnersatzes eingerechnet werden. Bisher zahlen Arbeitnehmer auf ihr 13. und 14. Gehalt zwar Beiträge, erhalten dafür aber keine Leistungen.

Durch die Reform kommen auf die Bundesanstalt für Arbeit Mehrausgaben in Höhe von rund 2,1 Milliarden Mark zu, schätzt Georg Faupel, Sozialrechtsexperte beim Deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin. Genau das aber bereitet den Sozialpolitikern der Koalition noch Kopfzerbrechen. "Auf keinen Fall dürfen die Mehrausgaben zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik gehen", sagt Ostertag. Eventuell müsse über einen höheren Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg nachgedacht werden.

Nach: Frankfurter Rundschau Nr. 66 vom 18.03.2000

